



Dienstbeginn bei der Bundespolizei am Standort in Forst/Lausitz. Es geht um Schleusungen im Grenzgebiet zu Polen.

Foto: Christian Essler/Actionpress

Interview

„Wirkung nicht abzusehen“

Während Deutschland darüber diskutiert, wie man die Grenzen gegen illegale Einwanderung schützen kann, erschüttert ein Skandal das Nachbarland Polen. Staatliche Stellen haben in aller Welt Arbeitsvisa verkauft, sodass viele Migranten nun die Schengen-Regeln oder ein Asylverfahren umgehen können. Der Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Peter Oliver Loew, erklärt, worum es bei diesem Visa-Skandal im Einzelnen geht.

Was ist genau bei dem Visa-Skandal geschehen?

Peter Oliver Loew: Es ist nicht abschließend geklärt, was sich bei dem Visa-Skandal genau zugetragen hat, wer alles darin verwickelt ist und von welchen Ausmaßen wir sprechen müssen. Klar ist, dass auf illegale Weise polnische Visa ausgestellt und herausgegeben wurden. Wir wissen von mehreren Mitarbeitern des Außenministeriums, die in den Fall verwickelt sind – darunter ein Vizeminister – und von Zwischenhändlern und Firmen, die die Visa an nicht berechnigte Personen verkauft haben. In den polnischen Medien wird vor allem auf das indische Unternehmen VFS Global verwiesen, das in die Machenschaften verwickelt ist.

Können Sie die Größenordnung beziffern?

Um wie viele verkaufte Visa es sich schlussendlich handelt, kann derzeit nicht genau beziffert werden. Während die Opposition von 200 000 bis 600 000 verkauften Visa spricht, spricht die Regierung von lediglich ein paar hundert Fällen.

Offenbar sind viele Menschen mit illegalen Visa in die Europäische Union und auch nach Deutschland eingereist. Was hat das für Auswirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis?

Die Auswirkung der Affäre hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen kann derzeit nicht völlig abgeschätzt werden. Es ist nicht klar, wie viele Menschen mit einem illegal erworbenen Visum nach Deutschland oder Westeuropa weitergereist sind. Da es sich aber vermutlich um



Peter Oliver Loew, Direktor des Polen-Instituts. Foto: Grzegorz Litynski/dpi

eine nicht geringe Zahl handelt, kann sich dies durchaus zu einer Belastung der internationalen Beziehungen entwickeln. Einzelne Stimmen sehen sogar die polnische Mitgliedschaft im Schengen-Raum in Gefahr. Aber auch die Beziehungen Polens zu den USA könnten unter der Affäre leiden, da einige Migranten mit ihrem nicht rechtmäßigen Visum für Polen in die USA weitergereist sind. Bezüglich der anstehenden Wahl in Polen am 15. Oktober ist der Visa-Skandal das Hauptthema im derzeitigen Wahlkampf.

Johannes Leichsenring

# Mehr Schutz für deutsche Grenze

**Migration** Die Zahlen der Zuwanderer steigen, mehr als 200 000 waren es dieses Jahr schon. Deswegen rücken auch die Kontrollen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Von André Bochow

Die in der Europäischen Union vereinbarten Regeln besagen, dass an den EU-Außengrenzen zu kontrollieren, zurückzuweisen oder der Asylantrag entgegenzunehmen ist. Aber die Praxis sieht anders aus. Scharenweise landen Menschen in Deutschland, die mehrere EU-Länder passiert haben. Da die beschlossenen Maßnahmen zum Schutz der EU-Außengrenzen, wenn überhaupt, erst mit Verzögerung wirksam werden, rücken die deutschen Grenzen verstärkt ins Blickfeld.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sieht vieles auf einem guten Weg. So verkündete sie im Bundestag, dass die Bundespolizei „mit mobilen Teams an vielen unterschiedlichen Orten an unseren Grenzen kontrolliert. Wir sind zurzeit sehr erfolgreich darin, unerlaubte Einreisen zu erkennen und zu unterbinden.“ Faeser setzt auf die Schleierfahndung – verdeckte, verdachtsunabhängige Personenkontrollen im Hinterland. Lange Zeit lehnte sie stationäre Grenzkontrollen ab. Eine der Begründungen: Man habe unabhängig vom Kontrollverfahren Menschen vor sich, „die dann so oder so in unser Land kommen“. 204 000 waren es allein bis August. Nun hat sie doch Kontrollen an der polnischen und tschechischen Grenze angekündigt. „Mir geht es darum, jetzt pragmatisch zu handeln“, sagte Faeser der „Welt am Sonntag“.

Faeser besteht darauf, dass Zurückweisungen möglich sind, und zwar nicht nur bei stationären Grenzkontrollen. „Auch im Rahmen ihrer Schleierfahndung nimmt die Bundespolizei die Aufgabe des grenzpolizeilichen Schutzes des Bundesgebietes wahr“, sagt ein Sprecher.

Der Chef der Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, betont dagegen ausdrücklich, dass

bei der Schleierfahndung Zurückweisungen rechtlich nicht möglich seien: „Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen in Europa hat die Bundespolizei ihren Status als Grenzbehörde verloren. Personen, die im Rahmen der Grenzüberwachung bei der Schleierfahndung aufgegriffen werden, müssen der zuständigen Behörde, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, übergeben werden.“ Die Bundespolizei sei derzeit „ein besseres, uniformiertes Empfangskomitee.“ Daher fordere die Bundespolizeigewerkschaft in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoLG) seit Monaten die Einführung stationärer Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen, der Tschechischen Republik und zur Schweiz. Die Bundes-CDU und etwa die Innenmi-

nister von Sachsen, Brandenburg und Hessen erheben dieselbe Forderung. Anders die mit der DPoLG konkurrierende Gewerkschaft der Polizei (GdP). Sie ist gegen stationäre Kontrollen. Nicht zuletzt Personal- und Ausrüstungs-mangel werden genannt. „Die Anzahl

## Die Linke vermutet illegale Abschiebungen.

der Grenzübergangspunkte ist heute ungleich größer“, heißt es. Und die Bundespolizei habe seit der Migrationskrise 2015 versäumt, Lehren zu ziehen „und ein tragfähiges, seit 2019 vorliegendes Konzept für die Einrichtung professioneller Kontrollstellen

auch umzusetzen.“ Würde die Bundesinnenministerin bei der EU auch andere Grenzen zur Kontrolle anmelden, könnte die Bundespolizei Menschen zurückweisen, sagt Heiko Teggatz von der Deutschen Polizeigewerkschaft. Wer etwa keinen Asylantrag stellt, kann zurückgeschickt werden. Im Jahr 2022 wurden an der österreichischen Grenze fast 15 000 Menschen zurückgewiesen.

Die linke Bundestagsabgeordnete Clara Bünger fragte die Bundesregierung und kam zu dem Schluss, dass an der Grenze zu Österreich „erneut nur bei 12 Prozent der unerlaubt eingereisten Personen ein Asylgesuch registriert“ wurde, „während dieser Anteil an den Grenzen zu Polen und zur Schweiz bei knapp 50

## Die Schleierfahndung

**Den Begriff** „Schleierfahndung“ gibt es seit den 1990er Jahren. Damit sind Personenkontrollen gemeint, die verdachts- und anlassunabhängig durchgeführt werden können. Zuvor war es zwar möglich, Autos anzuhalten, je-

doch nur aus verkehrsbezogenen Gründen oder bei einem konkreten Verdacht. Die Schleierfahndung wurde 1995 von der bayerischen Polizei und später von anderen Landespolizeien eingeführt, nachdem mit der Gründung

des EU-Schengenraums die nationalen Grenzkontrollen weggefallen waren. Der Bereich liegt meist in einem Gürtel von 30 Kilometern hinter der Grenze sowie rund um wichtige Verkehrswege, Flughäfen oder Bahnhöfe.

**Innenministerin Nancy Faeser (SPD) war lange gegen stationären Grenzkontrollen.** Foto: Carsten Koall/dpa



ZAHL DES TAGES

13

Prozent der Abgeordneten im indischen Parlament sind Frauen. Einem neuen Gesetz zufolge sollen es mindestens ein Drittel sein. Die Frauenquote wird aber erst in Kraft treten, wenn die Wahlgesetze auf Grundlage einer neuen Volkszählung überarbeitet sind. Diese war für 2021 geplant, wurde aber wegen der Pandemie auf unbestimmte Zeit verschoben. *afp*

## China Prozess gegen Aktivisten

**Guangzhou.** In China hat nach Angaben von Aktivisten ein Gerichtsprozess gegen die bekannte Journalistin Sophia Huang und den Arbeitsrechtler Wang Jianbing begonnen. Den beiden wird Anstiftung zum Umsturz von Staatsgewalt vorgeworfen. Huang gilt als zentrale Figur der MeToo-Bewegung in China. Sophia Huang, die auf Chinesisch Huang Xueqin heißt, und Wang Jianbing wurden vor zwei Jahren in Guangzhou festgenommen und sitzen seitdem in Haft. *dpa*



## Gericht stärkt Rechte von Indigenen

**In Brasilien** feiern Indigene eine Gerichtsentscheidung, die ihre Rechte an dem von ihnen bewohnten Land stärkt. Brasiliens Oberster Gerichtshof hatte mit neun zu zwei Stimmen gegen die Agrarlobby votiert. *Foto: Evaristo Sa/afp*

## USA 44-Jähriger hingerichtet

**Oklahoma City.** Fast drei Jahrzehnte nach dem Mord an einer Studentin ist ein 44-Jähriger im US-Bundesstaat Oklahoma hingerichtet worden. Der Mann wurde am Donnerstag in McAlester, etwa 170 Kilometer südöstlich von Oklahoma City, per Giftspritze getötet, teilen Behörden mit. Der Mann war wegen Vergewaltigung und Mord an der damals 21-Jährigen aufgrund von DNA-Spuren verurteilt worden, berichtet „The Oklahoman“. Er habe bis zuletzt auf unschuldig plädiert. *dpa*

## Italien Ex-Präsident Napolitano ist tot

**Rom.** Der ehemalige italienische Präsident Giorgio Napolitano ist tot. Der frühere Staatschef starb am Freitagabend im Alter von 98 Jahren in einem Krankenhaus in Rom, wie die Regierung in einer offiziellen Mitteilung bestätigte. Der ehemalige Kommunist war zwischen 2006 und 2015 mehr als achteinhalb Jahre Staatsoberhaupt – so lange wie kein anderer. International genoss er hohes Ansehen. Aufgrund seines hohen Alters trat er im Januar 2015 vorzeitig zurück. *dpa*